

LTWP-3-767

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Gunther Heinisch (KV Mainz)

Verfahrensvorschlag: Modifizierte Übernahme

Titel: **LTWP-3-767: ENTWURF
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

Von Zeile 774 bis 783:

Für uns GRÜNE ist klar, der Islam gehört zu Rheinland-Pfalz und muss in Schulen, auf Friedhöfen sowie bei den Feiertagsregelungen stärker berücksichtigt werden. Aus diesem Grund haben wir erstmals rechtsstaatlich verankerte Rahmenbedingungen geschaffen. Wir haben auch unsere Unterstützung für die jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz spürbar verstärkt. Damit zeigen wir: Jüdisches Leben gehört selbstverständlich zu unserer Gesellschaft. Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus haben bei uns keinen Platz. Die Beauftragten der Landesregierung für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen genauso wie für Antiziganismusfragen wollen wir weiterführen und stärken. Religiöse Vielfalt ist kein Problem, sondern Teil der Lösung für ein friedliches Zusammenleben.

In Rheinland-Pfalz leben Menschen mit unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Orientierungen. Für uns GRÜNE ist der Grundsatz der Gleichbehandlung selbstverständlich. Wir befürworten wir neben dem christlichen und

jüdischen Religionsunterricht den Aufbau eines islamischen Religionsunterrichts. Zum bekenntnisgebundenen Religionsunterricht muss es zudem gleichwertige Alternativen geben. Perspektivisch wollen wir ermöglichen, dass alle Schüler*innen im gemeinsamen Unterricht sowohl religionskundliche als auch ethische Inhalte lernen und diskutieren können.

Wir bekennen uns zur Trennung von Religion und Staat und zur Religionsfreiheit. Auch in der Verfassung und in den Gesetzen des Landes wollen wir den Grundsatz der religiösen und weltanschaulichen Neutralität umsetzen. Kirchliche Einspruchsmöglichkeiten bei der Verleihung akademischer Grade und bei der Besetzung nicht theologischer Professuren wollen wir abschaffen. Tanzverbote an religiösen Feiertagen wollen wir aufheben und die Regelungen des Feiertagsgesetzes darauf konzentrieren, religiöse Veranstaltungen vor Störungen wie Lärm zu schützen. Das gilt auch für Veranstaltungen an anderen anerkannten Gedenktagen mit ernstem Charakter – wie etwa dem des Gedenkens an die Opfer der NS-Verbrechen.

Wir GRÜNE setzen uns für eine länderübergreifende Regelung zur finanziellen Entflechtung von Staat und Kirchen ein. Dementsprechend stehen wir bundeseinheitlichen Initiativen zur Ablösung der Staatsleistungen an Kirchen offen gegenüber.

Die Unterstützung der jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz gehört zu unserer historischen Verantwortung. Die Beauftragtenstelle der Landesregierung für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen wollen wir fortführen und stärken.

Begründung

Stärkere Orientierung an der religions- und weltanschauungspolitischen Positionierung des grünen Bundesverbands (BDK-Beschluss November 2016 "Religions- und Weltanschauungsfreiheit in der offenen Gesellschaft" sowie an der bisherigen Beschlusslage des Landesverbands RLP (insb. Programm zur Landtagswahl 2021). Stärkere Akzentuierung der religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates.

Unterstützer*innen

Patrick Zwiernik (KV Koblenz), Henning Singer (KV Südliche Weinstraße), Silke Dietz (KV Mainz-Bingen), Anja Hoffmann (KV Kaiserslautern), Annika Girmann (KV Koblenz), Marie Dudzik (KV Mainz), Susanne Großpietsch (KV Frankenthal), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Christin Fernholz (KV Mainz)